Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb CESI

E 5604

Der Vollzugsdienst

6/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Auch die zweite Verhandlungsrunde mit der TdL blieb ohne Ergebnis

Beschäftigte müssen bereit sein, für ihre Forderungen zu kämpfen

Seite 6

Muss Arbeit Spaß machen? Wohin entwickeln sich die Berufe im Justizvollzug?

Antworten der Gewerkschaft waren gefragt

Seite 9

Gezielt attackiert – „Die rote Linie ist schon lange überschritten"

Nächtlicher Anschlag auf private Fahrzeuge vor der JVA Fuhlbüttel

Seite 28

Foto: Friedhelm Windmüller, dbb

Der BSBD protestiert !

HESSEN

RHEINLAND-PFALZ

SACHSEN-ANHALT

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

1 Der BSBD ruft seine Mitglieder zu Protestaktionen auf

3 Besorgniserregende Entwicklungen in den Justizvollzugsanstalten

3 BSBD bemängelt die fehlende Zusammenarbeit mit dem BMJ

4 Weihnachtsgruß der Bundesleitung

5 Einkommensrunde 2023: „Die Auftaktrunde war enttäuschend"

6 Auch die 2. Verhandlungsrunde ohne Ergebnis

7 Bundesseniorenkongress tagte in Berlin

8 Junge Liberale meets jungen BSBD

9 Muss Arbeit Spaß machen ...?

10 „Grenzenlos kriminell?" „Ist eine weitere EU-Erweiterung sinnvoll?

LANDESVERBÄNDE

13 Baden-Württemberg
20 Bayern
21 Berlin
26 Brandenburg
28 Hamburg
32 Hessen
38 Mecklenburg-Vorpommern
42 Niedersachsen
46 Nordrhein-Westfalen
60 Rheinland-Pfalz
66 Saarland
69 Sachsen
73 Sachsen-Anhalt
78 Schleswig-Holstein
85 Thüringen

83 Impressum

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 1: 15. Januar 2024

ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 1: 15. Februar 2024

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	**martin.kalt@bsbd-bund.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

BSBD Ländertreffen in Dessau

Länderübergreifender Erfahrungsaustausch ist von großem Nutzen

Während die Justizministerkonferenz am 10. November 2023 in Berlin zusammenkam, fand das BSBD Ländertreffen 2023 in Dessau statt. Für den BSBD Hessen waren in diesem Jahr die stv. Landesvorsitzenden Wilma Volkenand und Gerd Gohla sowie Christian Otto (Frankfurt I) dabei.

Und: im gleichen Zeitraum lief die 2. **TV-L-Verhandlungsrunde** in Berlin. Es war beeindruckend, wie es die **BSBD** Bundesleitung geschafft hat, dass das Arbeitsfeld Justizvollzug endlich auch in den Tarifverhandlungen wahrgenommen wird. **Das habt ihr klasse gemacht, lieber René, lieber Sönke, liebe Mitglieder der Bundesleitung!**

So wurden die Landesjustizminister*innen am 10. November 2023 vom **BSBD** vor dem Bundesjustizministerium mit einer Kundgebung erwartet. Der stv. **dbb** Bundesvorsitzende **Volker Geyer** sprach hierbei Klartext – auch zu den Forderungen für den Justizvollzug.

Was die **BSBD** Kolleginnen und -kollegen beim Eintreffen der 16 Justizminister*innen beobachten durften, bestätigte die vorherigen Berichte aus den Landesbünden und von der **BSBD** Bundesleitung.

Aus dem Bundesbericht war bekannt, dass der **Bundesjustizminister** bisher **jeglichen Kontakt** zum **BSBD Bund vermieden hatte.** Kein Gespräch! Kein Austausch! Genau das war an diesem Morgen vor dem Bundesjustizministerium zu beobachten.

Der Bundesjustizminister würdigte die Versammelten des BSBD mit nicht einem Blick in die wartende Kollegenschaft.

Die Ignoranz des Ministers wurde von den Versammelten mit Pfiffen und Buhrufen flankiert. Ebenso reagierten leider auch einige Landesminister*innen.

Nicht so unser hessischer Justizminister Herrn **Prof. Dr. Poseck.** Ohne zu zögern kam **Staatsminister Poseck**, begleitet von **Staatsekretärin Eichner,** zu den hessischen Kollegen und zeigte sich – wie immer – offen und gesprächsbereit. Mit ihm hat der **BSBD Hessen** tatsächlich einen guten und sehr aufmerksamen Zuhörer und Gesprächspartner. Auch der **BSBD Hessen** kennt andere Zeiten. Bleibt zu hoffen, dass in den Ländern, die keinen bis mangelhaften Austausch haben, Veränderungen gelingen mögen.

Das **BSBD** Ländertreffen lebt vom länderübergreifenden Erfahrungsaustausch. Die Problemlagen im Justizvollzug sind in allen Ländern mehr oder weniger identisch. Überall scheint die Notbesetzung der Normalfall geworden zu sein. In allen Bundesländern fehlen Bewerber, viel zu viele Stellen bleiben unbesetzt, in den Tagesdiensten läuft eine markante Unterbesetzung.

Das Angebot für die Gefangenen läuft allerdings häufig wie bei einer Normalbesetzung weiter. Dabei ist kaum eine Berufsgruppe innerhalb des Vollzuges verschont von Unterbesetzung.

Übergriffe von Gefangenen mehren sich. Längst lockt die freie Wirtschaft mit lohnenden und attraktiveren Arbeitsangeboten. In allen Bundesländern ist der Arbeitsmarkt „bewerberfreundlich“. Um die Bewerber wird regelrecht „gebuhlt“. Von der Willkommensprämie bis hin zu modern gestalteten Arbeitsumgebungen und spürbarer Wertschätzung der Arbeitgeber. Zahlreiche Arbeitgeber haben erkannt, dass ein gutes Arbeitsklima mit guter Leistungsfähigkeit einher geht.

Tja, und der Justizvollzug? Die Wechselbereitschaft jüngerer Generationen ist hoch. Schnell ist gutes Personal verschwunden. ■

(v.l.n.r.:) Wilma Volkenand, Gerd Gohla und Christian Otto. *Foto: BSBD Hessen*

Staatsminister Prof. Dr. Poseck und Staatssekretärin Eichner im Austausch mit Wilma Volkenand, Christian Otto und Gerd Gohla in Berlin.
Foto: BSBD Hessen

Auf ein Wort:

Lässt sich das Leben „verakten“?

Ein kritischer Zwischenruf des BSBD Hessen

Foto: BillionPhotos.com /stock.adobe.com

Ein neuer Begriff hält Einzug im hessischen Justizvollzug: das **„Verakten“.** Zwar gab es zu jeder Zeit **„Vermerke“** über Beobachtungen, Gespräche oder Feststellungen, aber das **„Verakten“** geht deutlich weiter. Die einen vermessen die Welt, die anderen **verakten** das vollzugliche Zusammenleben.

Kann man Vollzugsleben **„verakten“?** Lässt sich alles und jedes, d. h. jedes Gespräch, jede Begegnung in Texte und Worte fassen, damit sie anderen gar zur Schaffung von Rechtssicherheit bzw. Urteilsfindung dienen?

Mit großer Sorge beobachten wir seit wenigstens zwei Jahrzehnten, dass die Dokumentationspflichten im Justizvollzug immer umfassender werden, Checklisten zu befüllen sind – immer und immer wieder. Vorakten (aus Jahrzehnten) sollen zur Vollzugsplanung beigezogen werden – es gibt kein Vergessen mehr und auch keine neue oder andere Chance für Menschen, die resozialisiert werden sollen. Seit dem Urteil des Landgerichts Limburg im Jahr 2018 gegen zwei Führungskräfte des rheinland-pfälzischen Justizvollzugs wurde die Messlatte nochmal höher gelegt; ergänzt wurde das Ganze um das Zauberwort der **„Sorgfaltspflicht“.** Für den hessischen Justizvollzug heißt das: passiert etwas, kommt es zu besonderen Vorkommnissen oder zum Suizid eines Gefangenen, werden gar vollzugsöffnende Maßnahmen missbraucht, dann wird bei uns gefragt: hat hier ein Vollzugsbediensteter **„unsorgfältig“** gearbeitet und folglich versagt?

Auch wenn das Limburger Urteil mittlerweile durch den Bundesgerichtshof kassiert wurde, sitzt die Botschaft doch fest in den Köpfen – ganz besonders in denen der hessischen Kolleginnen und Kollegen. Kann Justizvollzug noch funktionieren, wenn die Bediensteten auf der Entscheidungsebene sich bei jeder Vollzugsentscheidung in der Mitverantwortung sehen, mit ihrer Existenz und dem Wohl der Familie mithaften, wenn ein Gefangener versagt? Man denke an den Stress und an die Rechtsanwaltskosten für Straf- und Disziplinarverfahren. So wird nun in Hessen geschrieben, geschrieben, geschrieben, Beobachtungen werden in Formbögen dokumentiert. Und nicht nur dort, sondern auch in verschiedenen Datenbanken **(BasisWeb und SoPart)** und Dateiablagesystemen. Die **„Sorgfalt“** findet nicht mehr in Gesprächen statt, sondern am Schreibtisch über Akten und Vermerken brütend.

Personelle Unterbesetzung spielt dabei keine Rolle. Dass die Unterbesetzung Qualität kostet, scheint nachrangig zu sein. Aber Hauptsache, dass in der gesetzten Frist geschrieben wird, und wehe, es wird nichts geliefert oder der Bericht kommt zu spät.

Die Welt wird **veraktet,** um irgendwann die Entscheidungsfindung detailliert überprüfen zu können, oder Entscheidungen als Fehler zu bewerten. In der Rückschau ist aber alles leicht zu bewerten; Hindsight is an exact science, sagen die Engländer.

Unsere Fehlerkultur ist mittlerweile beispiellos; es scheint so schön zu sein, mit Vermerken belegen zu können: ich war‘s nicht. Oder: Du hast versagt. Damit ist nicht der jeweilige Gefangene gemeint, der unstreitig versagt hat. Nein, hier sind die Entscheider und die Vorbereiter einer Entscheidung gemeint.

Foto: DOC RABE Media /stock.adobe.com

Auch in der Personalentwicklung und in der Personalsteuerung zog fast das Zauberwort **„Veraktung“** ein. Es gab die Idee, Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (über Besprochenes oder Erlebtes) zu **„verakten“.**

Man stelle sich vor, eine Führungskraft steht im Stationszimmer oder sitzt im eigenen Büro, spricht mit Bediensteten und schreibt dann jedes Mal auf, was besprochen wurde. Mal abgesehen davon, dass natürlich zu fragen ist, in welcher Zeit die Führungskraft genau das denn erledigen soll. Bei Zuständigkeiten von häufig mehr als 30 Mitarbeitenden und 150 Gefangenen dürfte eine solche Aufgabenstellung schon schlicht an der fehlenden Zeit scheitern.

„Abgelegt“ werden sollten all diese Vermerke übrigens in besonderen Handakten bei den Führungskräften, die dann bei einem anstehenden Wechsel der Führungsebene „von Hand zu Hand“ weiterzugeben gewesen wären an die Nachfolgerin oder den Nachfolger. Die Idee war, darüber Führungskontinuität herzustellen.

Es war der Hauptpersonalrat Justizvollzug, der diesem Konzeptentwurf deutlich widersprach. Es galt, zu verhindern, dass solche Vermerke bei Führungswechseln an den/die Nachfolger/innen weitergegeben werden, ohne dass die betroffenen Bediensteten diese jemals zu sehen bekommen.

Für Personalgespräche und Vermerke gibt es einschlägige Regeln im Hessischen Beamtengesetz, zusätzliche Akten (neben der Personalakte) sind dort nicht vorgesehen. So lässt sich aber nicht die Führungskontinuität stiften, die sich die Vollzugskolleginnen und -kollegen wünschen, besonders nicht für diejenigen, die von der Personalfluktuation auf der Führungsebene betroffen sind und den Wechsel auf ihrem Chefstuhl immer wieder erleben müssen.

Das jetzt überarbeitete und 2023 eingeführte Personalentwicklungskonzept für den hessischen Justizvollzug ist übrigens ein mutiges, forderndes und auch gutes Konzept. Möge es bitte nicht endgültig in den Schubladen versanden, wo es in etlichen Anstalten leider schon angekommen zu sein scheint. Dort liegen bereits die landeseinheit-

lichen Führungsrichtlinien vom Juli 2018.)

Jetzt kommen neue Dokumentationspflichten über die neuen Beurteilungsrichtlinien. Bei jedem Personalwechsel auf Führungsebene, der länger als drei Monate dauert, sind dann alle Mitarbeitenden zu beurteilen. Bei der Fluktuation insbesondere in den südlichen Anstalten könnte das aber ein großes Unterfangen werden. Wer soll all diese zusätzliche Arbeit erledigen?

Das alles erfindet zugegebenermaßen nicht der hessische Justizvollzug; nein, das sind die Folgen der Rechtsprechung der letzten Jahre. Nichts mehr, aber auch nichts weniger. Dokumentieren, dokumentieren, dokumentieren.

Kann das in einer Justizvollzugsanstalt funktionieren? Wird uns das weiter bringen? Wird das zu treffende Entscheidungen solide und stabil stützen? Und Akzeptanz für die Entscheidungen erhöhen? Eher nicht! Die Menschen, die beschrieben werden, erreicht es nicht. Weil für sie Auseinandersetzung und Weiterentwicklung anders funktioniert, z. B. durch Gespräche. Der Kreis derer, die schreiben und dokumentieren, tanzt faktisch auf der Stelle.

Positive Lockerungsentscheidungen finden in Hessen nur noch selten statt, wer will sich schon nachsagen lassen, irgendein Detail in irgendeiner Akte übersehen zu haben. Viel zu viele haben innerlich gekündigt, resignieren, wenden sich ab. Und viel zu viele entscheiden sich wieder zu gehen.

Im Ministerium sind es jetzt übrigens die **„Hintergrundvermerke“,** die diejenigen, die sie zu erstellen haben, in den Wahnsinn treiben. Auch zur Vorbereitung des **BSBD**-Gewerkschaftstags werden Seiten über Seiten an Hintergrundvermerken befüllt. Obwohl doch eigentlich alle ganz gut wissen, wie die **Gewerkschaftsvorsitzende Kannegießer** seit Jahren „tickt“ und welche Themen sie immer und immer wieder aufgerufen hat. Hat mal jemand darüber nachgedacht, was ein eben mal bestellter **„Hintergrundvermerk“** für einen Arbeitsaufwand bedeutet?

Dabei wäre es viel zielführender und effizienter, miteinander im Gespräch zu sein, sich erzählen zu lassen. Das stiftet im Übrigen echte Zusammenarbeit und Zusammenhalt.

Und genau das hat sich seit Mai 2022 doch eigentlich sehr positiv entwickelt zwischen Staatsminister **Prof. Dr. Poseck** und dem **BSBD Hessen.**

Als wäre die Arbeit der Vollzugsbediensteten erledigt, wenn die Akten gefüllt sind. Nein, das ist sie nicht.

Euer BSBD in Hessen ■

Weichenstellung Tarifverhandlungen – Wohin fährt der Justizvollzug?

Fortdauernde verfassungswidrige Besoldung führt zu Resignation

Während und nach den Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen (TVöD) wurden in unseren Dienststellen zahlreiche Gespräche rund um unsere Besoldung geführt.

Fast alle Berichte in den Medien erweckten den Anschein, dass Lohnerhöhungen ins Haus stünden.
In Hessen wird bei allen Berufsgruppen in der Regel die Verbeamtung angestrebt. Warum denn dann Tarifverhandlungen? Schnell wird ausgeblendet dass die Beschäftigten bei Bund und Kommunen sich auch in Hessen befinden könnten.
Zahlreiche Anfragen wurden an die Vertretungen der Gewerkschaften herangetragen. Mit Verwunderung wurde vom Nachbarn berichtet. Die Ehefrau des Cousins hat doch das auch bekommen. Warum wir nicht?
Die Nachfragen waren durchweg keine Einzelfälle. Wir leisten gerne Aufklärungsarbeit. Die Nachrichten aus den Medien über Tariferhöhung werden durch große Aufmerksamkeit in unseren Dienststellen verfolgt. Wer bei welchem Arbeitgeber beschäftigt ist, wird schnell übergangen.
Seit Jahren ist unsere Besoldung verfassungswidrig. Längst wurde gerichtlich festgestellt, dass wir nicht ausreichend bezahlt wurden.
Es muss nachgesteuert werden.
Bei jeglichem Aufruf zu Protesten, sei es aus Solidarität mit den Beschäftigten des **TVöD** oder mit den Beschäftigten der Länder **(TV-L),** ist die Aufmerksamkeit bei einer Besoldung, die wir von Rechtswegen erhalten müssten.
Der Wunsch nach Rückkehr zum TV-L wird fast ebenso häufig wie der Wunsch nach einer Besoldung im Sinne des Richterspruchs geäußert, obwohl dies für die hessischen Tarifbeschäftigten monetär eine Verschlechterung erzeugen würde.
Ob sich die Beschäftigten der Länder wirklich besser stellen, wird nicht wirklich überprüft. Der Fokus ist stets bei der Besoldung in den anderen Ländern. Besoldung, freie Heilfürsorge u.v.m., alles durcheinander. Wir Hessen stehen einfach schlechter da. Punkt und fertig.
Scheinbar lassen unsere Arbeitgeber keine Argumente für die Teilnahme an Protesten zu. Fast jeder von uns wünscht sich aber, dass der Justizvollzug durch die Öffentlichkeit (und die Politik) gesehen und wahrgenommen wird, dass unsere Arbeit hinter den Mauern nach außen dringt und geschätzt wird.
Da braucht es dann aber viele Kolleginnen und Kollegen, damit wir gesehen werden. Klar, Besoldung wird nicht durch Tarifverhandlungspartner ausgehandelt.
Aber bei allen Tarifverhandlungen wird von den Gewerkschaften die Forderung auf Übertragung des Ergebnisses zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger gefordert.
Unter unseren ehemaligen **Ministerpräsidenten Koch** und **Bouffier** kam es zu der verfassungsverletzenden Besoldung, die bis zum heutigen Tag anhält. Es war der **dbb Hessen,** der die Klagen für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit bisher finanziert hat.
Der Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Kassel vom November 2021 ist bis heute in aller Munde.
Fatal ist, dass die fortdauernde verfassungswidrige Besoldung für viele Kolleginnen und Kollegen als Begründung dient, nicht den Aufrufen zur Teilnahme an Warnstreiks zu folgen.
Resignation und innere Kündigung haben sich breit gemacht. Die Einladung zur Solidarität, einen Ruhetag einzusetzen oder gar Urlaub zu nehmen, um einen Warnstreik zu unterstützen, wird überhaupt nicht einmal mehr erwogen, obwohl bekannt ist, dass der Tarifabschluss die Weichen stellt für die Besoldungserhöhung.
Dringend rufen die Gewerkschaften alle auf: Kommt mit, auch wenn es in eurer Freizeit ist, **zeigt euch.**
Zeigt, wer die Lücken in den Dienstplänen auffüllen muss.
Zeigt, wer die angespannte Lage in den Anstalten beherrschen muss.
Gebt euren Forderungen ein Gesicht.
Ihr seid nicht machtlos.
Wir sind nicht machtlos – und wir ergeben uns nicht.

Eure
Wilma Volkenand ■

Hauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen

Zahlreiche aktuelle Themen auf der Tagesordnung

Salina Meinhardt aus dem Ortsverband Kassel 1 nahm gemeinsam mit der Ortsverbandsvorsitzenden des BSBD Butzbach und der Fachgruppenvertreterin für den BSBD Hessen Susanne Leib an der Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung teil.

Fotos: BSBD Hessen

Am 19.09.2023 fand die jährliche Landeshauptversammlung der **dbb Frauenvertretung** im Hotel Fulda Mitte statt. Stellvertretend für den **BSBD** nahmen die Kolleginnen **Susanne Leib** und **Salina Meinhardt** an der Sitzung teil.

Zu den Themen zählten unter anderem die verfassungswidrige Besoldung der Beamten und Beamtinnen, das neue Hessische Gleichberechtigungsgesetz, das neue Hessische Personalvertretungsgesetz, Mobiles Arbeiten und die anstehende Landtagswahl.

Für den **dbb Hessen** berichtete der stellv. Vorsitzende **Richard Thonius** über aktuelle Themen. Als Gäste konnten ferner der Vorsitzende der Deutschen Palliativstiftung, **Dr. Thomas Sitte,** sowie der stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrates, **Prof. Dr. Carsten Schütz** begrüßt werden. Ihnen gelang es, die nicht einfache Thematik „selbstbestimmtes Sterben / Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht“ interessant und kurzweilig zu vermitteln und den Teilnehmerinnen wichtige Informationen zu geben. Wir bedanken uns bei dem Vorstand der **dbb Frauenvertretung** für den unermüdlichen Einsatz. *Salina Meinhardt* ■

Blutspendenaktion ein voller Erfolg

Bedienstete spenden Aufwandsentschädigung für die Kinderkrebsstation Peiper

Das mobile Team der Blutbank des Universitätsklinikums Gießen-Marburg um Ärztin Dr. Annette Möller war am 21.09.2023 zu Gast in der JVA Butzbach. Der Anstaltsleiter Uwe Röhrig freute sich sehr über die Aktion der Bediensteten, darunter dem Personalrat unter dem Personalratsvorsitzenden Kristof Petring, und unterstützte diese im vollem Umfang.

In der Sporthalle der Vollzugsanstalt wurden die Blutspender zuvor kurz untersucht: der Hämoglobinwert im Blut wurde bestimmt, sowie der Blutdruck und die Körpertemperatur gemessen, bevor ein Arztgespräch folgte.

Alle Teilnehmer spendeten neben einem halben Liter Blut auch die Aufwandsentschädigung von 25 Euro. Diese Summe erhöhte sich durch weitere Geldspenden der Vollzugsbediensteten der JVA Butzbach auf eine sensationelle Spendensumme in Höhe von 1.360 €. Der Anstaltsleiter **Uwe Röhrig** bedankte sich vielmals bei allen die gespendet und die Aktion unterstützt haben.

So konnte stolz vor der **Kinderkrebsstation Peiper** des **Universitätsklinikums Gießen-Marburg** die Geldspende an den Elternverein für leukämie- und krebskranke Kinder Gießen, vertreten durch die Erzieherin **Corinna Altinkilic,** im Beisein von **Professor Dr. Dieter Körholz** durch den Anstaltsleiter **Uwe Röhrig** und dem Personalratsvorsitzenden **Kristof Petring** übergeben werden.

Es sei geplant, regelmäßige Blutspende-Termine für das Personal zu veranstalten, so der Anstaltsleiter **Uwe Röhrig.** Angesichts knapper werdender Blutkonserven sei dies ein wichtiger Beitrag für die Gesundheitsfürsorge. „Wir brauchen frisches Blut“, so **Kristof Petring,** daher sieht der Anstaltsleiter **Uwe Röhrig** darin auch eine positive Außenwirkung, denn ein Blick hinter die Gefängnismauern ist gemeinhin nicht möglich

Susanne Leib,
OV-Vorsitzende Butzbach ■

(v.l.n.r.:) Prof. Dr. Dieter Körholz, Corinna Altinkilic, Uwe Röhrig, Kristof Petring. *Foto: BSBD*

Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Butzbach

Liste zur Personalratswahl 2024 erstellt

Mit Spaß bei den spannenden Wahldurchgängen. *Fotos (2): BSBD Hessen*

Am 3. November 2023 fand die Jahreshauptversammlung bei einem großzügigen All-You-Can-Eat-Büfett im asiatischen Restaurant „Miller Halle“ in Gießen statt.

Nach der Begrüßung der 22 anwesenden Mitglieder berichtete die 1. Vorsitzende **Susanne Leib** über die Aktivitäten im vergangenen Jahr.

Der Vorstand des Ortsverbands hatte z. B. in einer PR-Aktion an die Teilnehmer der Personalfahrt der JVA Butzbach nach Hamburg kleine Geschenktütchen verteilt.

Leider waren kleinere Events mangels Interesse abgesagt worden, was der Vorstand bedauerte. Daher wird für 2024 ein großes Sommerfest geplant.

Wichtig zu berichten war zudem über die erfolgreiche Änderung zum Thema Angriffsentschädigung: ein Kollege der JVA Butzbach wurde bei einem Angriff schwer verletzt. Da der Täter allerdings entlassen und untergetaucht war, konnte es zunächst nicht zur Verhandlung des Angriffs kommen.

Da aber nur die rechtskräftige Verurteilung des Täters zur Auszahlung der Angriffsentschädigung führt, wurde der Landesvorstand des **BSBD** informiert.

Dieser konnte in Gesprächen mit dem Ministerium daraufhin eine wichtige Neuerung erreichen: künftig genügt die Meldung der Anstalt zum Angriff, wenn eine Verurteilung aus besonderen Gründen nicht möglich ist, um die Angriffsentschädigung auch ausgezahlt zu bekommen.

Für 2024 ist ein großes Sommerfest geplant.
Foto: Ingo Bartussek/stock.adobe.com

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft im BSBD Hessen

Die 1. Vorsitzende **Susanne Leib** bedankte sich im Namen des OV Butzbach im Anschluss bei den leider abwesenden Kollegen **Andreas Riedmann, Marco Rinker** und **Jutta Lautenschläger** für ihre **15-Jährige Mitgliedschaft** im **BSBD**.

Für bereits **25 Jahre Mitgliedschaft** konnte der Kollege **Stephan Köpsel** geehrt werden. Die Ehrungen fanden im Nachgang in der Justizvollzugsanstalt statt.

Auch die Kollegin **Petra Heß** wurde für **25 Jahre Mitgliedschaft** im **BSBD** geehrt, sie ist seit Jahren im Personalrat aktiv tätig.

Neben den Urkunden und den Nadeln des **BSBD** überreichten die Vorsitzenden **Susanne Leib, Dominik Gonther** und der Kassierer **Filip Wiktorski** allen Gutscheine und Pokale in unterschiedlichen Größen.

Wahlen zur Liste zur Personalratswahl

Dann folgte schon der nächste Tagesordnungspunkt: die Wahlen zur Liste zur Personalratswahl 2024.

Nach erfolgreicher Erstellung durch spannende Wahldurchgänge konnte die Sitzung beendet und das Büfett erobert werden.

Zum Abschluss der erfolgreichen Jahreshauptversammlung in gemütlicher Runde – an der auch das Ehrenmitglied **Alfred Görlach** sowie die Pensionäre **Reinhold Gogol** und **Karl Panz** teilnahmen – gab es für alle Anwesenden natürlich noch Glückskekse.

Ortsverband
JVA Butzbach

Aus dem Ortsverband Dieburg

Psychisch auffällige Gefangene belasten sehr – Permanent steigende Anzahl von Übergriffen auf Bedienstete

Der **Ortsverband Dieburg** durfte dieses Jahr zwei Kollegen zur **15-jährigen Mitgliedschaft** ehren. Der **Koll. Hendlmeyer** und der **Koll. Herteux** bekamen ihre Urkunden sowie die Ehrenabzeichen und eine gute Flasche Wein. Ortsverbandsvorsitzender **Ralph Hoffmann** bedankte sich für die besondere Treue zur Gewerkschaft und betonte, dass gerade die älteren Kolleginnen und Kollegen noch wissen, welche Kämpfe in der Vergangenheit durch die Gewerkschaft,

Ehrung des Kollegen Hendlmeyer für 15-jährige Mitgliedschaft. *Foto: BSBD Hessen*

durch die Ortsverbände und nicht zuletzt von jedem einzelnen ausgefochten wurden und wieviel durch die Gewerkschaft erreicht wurde!

„Aber all das Vergangene“, so **Ralph Hoffmann**, „ist nichts zu dem, was jetzt auf uns und gerade auf den hessischen Justizvollzug im Eiltempo ohne Bremsen zurollt. Die vergangenen Jahre mit dem Corona Virus und gefühlt hunderten Erlassen und Verfügungen haben uns schwer zugesetzt.

Das „Null Respekt“ Verhalten sowie die wirklich permanent steigende Anzahl von Übergriffen auf Bedienstete und das aggressive und psychisch auffällige Verhalten der Gefangenen, das man hier gar nicht hart genug beschreiben könnte, ohne dass es zensiert wird, macht alle Bedienstete des Landes Hessen kaputt. Das ständige Personalkarussell mit Angestellten einstellen, die dann wieder kündigen. weil sie nicht mit so viel Aggressivität gerechnet haben. Und auch jene Angestellten die kündigen, weil ihnen auf einmal einfällt dass Schichtarbeit, am Wochenende arbeiten und überhaupt Arbeiten, ja doch nicht so eine gute Idee war, machen den Dienst nicht einfacher.

Hierzu kommt noch eine Hessische Regierung die einfach eine Klage gegen die Jahre lange verfassungswidrige Besoldung in Hessen zum größten Teil ignoriert und die Bediensteten des Landes Hessen mit kleinen Häppchen abzuspeisen versucht, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass wir alle vergessen was uns noch zusteht.

NEIN.. wir vergessen nicht! Es ist nicht 5 vor 12. Es ist weit nach 12. Wir beobachten die kommenden Verhandlungen der Tarifländer. Wir haben die Verhandlungen des Bundes beobachtet! Und ich denke, ich spreche für alle Bediensteten im Lande Hessen, wenn ich sage … mit klaren Worten: Haltet euch an die Abschlüsse die getätigt wurden, sowie an die, die im Dezember mit den Ländern in der Tarif-Kommission verhandelt werden. **Nehmt uns in Hessen mit ins Boot!** Und zwar **mindestens** mit denselben Abschlüssen.

Bezahlt uns die Besoldung aus, die uns nach der Klage zusteht … Rückwirkend! Gerade für die älteren Bediensteten. **Kommt eurer Pflicht nach … in der Hessischen Regierung!!**

Und zum Abschluss noch ein Wort an alle Pensionärinnen und Pensionäre. Bei allem Respekt, und das meine ich sehr ernst, da ich selbst in wenigen Jahren zu diesem Kreis gehören werde. Verurteilt nicht die Ortsverbände, wenn sie mal eine zeitlang inaktiv erscheinen. Und wenn sie mal etwas vergessen oder einfach aufgrund der angesprochenen Verhältnisse eben keine motivierten Kolleginnen und Kollegen für bestimmte Abläufe finden.

Ihr könnt euch sicher sein. Wir, die Ortsverbände und die Vorsitzenden in Hessen und jeder einzelne vorhandene aktive Gewerkschaftler hat dienstlich, gewerkschaftlich und nicht zuletzt privat sehr viel um die Ohren.

Und trotzdem halten wir den Laden in jeglicher Hinsicht am Laufen. Organisieren und informieren über E-Mail und Gespräche vor Ort unsere Mitglieder. Da könnt ihr euch sicher sein! In diesem Sinne hoffe ich weiter auf euer Vertrauen und auf eure Unterstützung.

Der Ortsverband Dieburg wird im November eine außerordentliche Jahreshauptversammlung mit Rechenschaftsbericht und anschließender Neuwahl des Vorstandes abhalten.“

In diesem Sinne … „Kopp in Nacken, weiter Schnacken!“

OV Vorsitzender JVA Dieburg
Ralph Hoffmann

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

Noch kein Konto bei uns?

Jetzt ganz bequem zur BBBank wechseln

Bis zu
150 €
Startprämie[1]

On Top
50 €
für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen

Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon unter 0721 141-0 oder auf
www.bbbank.de/dbb

[1] Voraussetzungen Startprämie: 75,– Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokonto, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldeingang von 500,– Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,– Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten, Aktion endet spätestens zum 31.12.2023.